

**Kleine Anfrage  
für die Fragestunde**

Hannover, den 07.05.2019

Fraktion der Fraktion der AfD

**Wenn die EU die Antwort ist - wie lauten dann die Fragen?**

In den EU-politischen Debatten im Zuge der bevorstehenden Wahl heißt es seitens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: „Europa ist die Antwort“. Aus Sicht der AfD-Fraktion stehen wir jedoch vor offenen Fragen, die im Rahmen der Mehrebenenpolitik gewichtige Auswirkungen auf Niedersachsen und die Landespolitik haben können. Um uns der Position der Landesregierung zu diesen auch für Niedersachsen wichtigen politischen Fragen zu vergegenwärtigen, stellen wir nachfolgende Fragen.

1. Der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei und langjährige Europaabgeordnete Manfred Weber (CSU) äußerte am 4. Mai, die EU müsse pragmatischer und der „EU-Apparat“ müsse schlanker werden. Weber folgend sei ein Praxis-Check für europäische Richtlinien und Verordnungen sinnvoll. Eine Zielmarke von 1 000 Gesetzen auf europäischer Ebene könne einfach gestrichen werden. Welche weiteren Richtungskorrekturen und Reformen in der Europapolitik sind vor dem Hintergrund dieser Aussagen aus Sicht der Landesregierung im Sinne Niedersachsens für die kommende 9. Wahlperiode des Europäischen Parlaments zu begrüßen?
2. Das im Januar gegründete Bündnis „Niedersachsen für Europa“, dessen Initiator u. a. das Land Niedersachsen ist, verfolgt drei Ziele: Über die EU informieren, den Wert der EU-Institutionen verdeutlichen, zur Teilnahme an der Europawahl motivieren. Wie wurde im Rahmen der vielen Aktionen des Bündnisses ausgeschlossen, dass dieses für eine parteipolitisch orientierten Wahlkampf missbraucht wird?
3. In ihrer Antwort vom 9. Mai 2018 auf die Anfrage des Abgeordneten Stefan Wirtz (AfD) in der Drucksache 18/591 bekennt sich die Landesregierung „ausdrücklich“ zum Ziel, „die Vereinigten Staaten von Europa als Vollendung eines Friedensprojekts zu verstehen“ (Drucksache 18/859). Auf welche Weise wird die Landesregierung dieses von ihr benannte Ziel Vereinigter Staaten von Europa gegenüber dem neugewählten Europäischen Parlament unterstützen?

Klaus Wichmann  
Parlamentarischer Geschäftsführer